

BERUFSVERBOTE: ENDLICH REHABILITATION UND ENTSCHÄDIGUNG AUCH IN NRW

Alle Gewerkschaftstage wieder liegen Anträge vor, der letzte in Bielefeld 2017 als ein Antrag unseres Stadtverbandes, die in NRW ein offizielles Ende der unseligen Berufsverbotspraxis der 70er Jahre einfordern. 600 Berufsverbotsmaßnahmen gab es seinerzeit in NRW, darunter auch viele Mitglieder unseres Stadtverbandes wie der damalige Vorsitzende Klaus Stein.

Die auf dem Beschluss der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 – dem sogenannten Radikalenerlass – basierende Praxis, Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst dahingehend zu überprüfen, ob sie „jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eintreten, hat erheblich zu einem Abbau demokratischer Rechte beigetragen.

Über die unselige Berufsverbotspraxis informierten Betroffene während des Gewerkschaftstages (s.Foto). Ein Arbeitskreis auf Landesebene unter Leitung der neu gewählten Vorsitzenden Maike Finnern treibt die Rehabilitation der Betroffenen energisch voran und will noch 2019 mit einer Veranstaltung Druck machen. Denn die verfassungswidrigen Berufsverbote finden mittlerweile ihre Fortsetzung in Denunziationsplattformen und Demokratieabbau.

Der Antrag AO22 wurde vom Gewerkschaftstag mit großer Mehrheit angenommen.



ANTRAG A022: BERUFSVERBOTE

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Gewerkschaftstag der GEW fordert Landtag und Landesregierung auf, sich bei den vom Berufsverbot betroffenen Kolleg*innen zu entschuldigen, sie politisch zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen. Des Weiteren ist der Erlass, mit dem die Berufsverbote in NRW umgesetzt wurden, endgültig aufzuheben.

Die seinerzeit starken Tendenzen innerhalb der GEW sich mit Betroffenen zu solidarisieren bleiben hervorzuheben. Der Gewerkschaftstag der GEW NRW fordert den Landesvorstand der GEW NRW auf, sich bei Betroffenen für Unvereinbarkeitsbeschlüsse und bisweilen verweigerte Unterstützung zu entschuldigen.

Der Landesvorstand der GEW NRW wird aufgefordert, den begonnenen Dialog mit den politischen Fraktionen des Landtags fortzusetzen.

Der Landesvorstand der GEW NRW richtet einen Arbeitskreis zur Aufarbeitung der Geschichte der Berufsverbote ein. Einbezogen werden auch aktuelle Tendenzen von Demokratie- und Meinungsunterdrückung.

Der Landesvorstand der GEW NRW unterstützt Initiativen von Gliederungen, Veranstaltungen vor Ort durchzuführen. Dafür stellt der Landesverband eine Kopie der aktualisierten Ausstellung „Berufsverbote – politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland“ zur Verfügung. Auch die auf NRW bezogenen zusätzlichen Tafeln von der Bielefelder Initiative gehören dazu.

Der Landesvorstand der GEW NRW führt im Herbst 2019 gemeinsam mit dem DGB und weiteren Mitgliedsgewerkschaften eine öffentliche Veranstaltung durch, auf der eine breite Öffentlichkeit hergestellt wird. Hier soll auch der Zusammenhang mit aktuellen politischen Tendenzen der Denunziation und des Demokratieabbaus hergestellt werden.

Begründung

Die GEW NRW hat 2013 einen ersten Versuch gestartet, nach dem Vorbild von Niedersachsen die Rehabilitierung der vom Berufsverbot betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu erwirken. Der damalige Vorsitzende des Innenausschusses des Landtags, Thomas Stotko machte diesbezüglich weitgehende Versprechungen, die sich allerdings als Vertröstungen erwiesen. Der Landesgewerkschaftstag 2016 beschloss einen erneuten Anlauf. Im Februar 2017 fand daraufhin in Oberhausen unter Beteiligung des damaligen DGB-Vorsitzenden Andreas Meyer-Lauber eine gut besuchte Veranstaltung des Landesverbandes statt. Dort stellte der damalige stellvertretende Präsident des Landtags Oliver Keymis (Bündnis 90/die Grünen) eine politische Initiative seiner Fraktion im Zusammenwirken mit der SPD-Fraktion in Aussicht. Der Abgeordnete Stefan Zimkeit bestätigte dies als Sprecher der SPD-Fraktion. In Düren und Bielefeld fanden ebenfalls vielbeachtete Veranstaltungen statt. Inzwischen hat der niedersächsische Landtag sich bei den vom Berufsverbot betroffenen Kolleginnen und Kollegen entschuldigt und die Aufarbeitung niedersächsischer Fälle beendet. In Bremen wurden die Betroffenen bereits vor Jahren rehabilitiert. Der Hamburger Senat hat beschlossen, die Folgen des sog. Radikalenerlasses aufzuarbeiten. Auch in anderen Landesverbänden und auf Bundesebene engagiert sich die GEW mit Nachdruck.